



Hinweise zum Datenschutz der Verwaltungsgemeinschaft Ostheim v.d.Rhön

Stand 02/2023

Datenschutzhinweise zur Verarbeitung von personenbezogenen Daten im Zusammenhang mit der Verarbeitung personenbezogener Daten bei Bewerbungsverfahren

Der Schutz und die Sicherheit von persönlichen Daten hat bei uns eine hohe Priorität. Die nachfolgenden Ausführungen dienen der Information über die Erhebung und Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten im Zusammenhang mit Bewerbungsverfahren bei der Stadt Ostheim v.d.Rhön, der Gemeinde Sondheim v.d.Rhön, der Gemeinde Willmars und des Wasserzweckverbandes „Willmarser Gruppe“, soweit die Verwaltungsgemeinschaft als deren Behörde handelt, gemäß den Anforderungen der EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO), insbesondere über die Informationspflichten nach Art. 13 DSGVO sowie zur Aufklärung über die nach der DSGVO bestehenden Betroffenenrechte nach Art. 15 ff. DSGVO.

1. Verantwortlich für die Datenerhebung ist:

Verwaltungsgemeinschaft Ostheim v.d.Rhön
Marktstraße 24
97645 Ostheim v.d.Rhön
Telefon: 09777 / 9170-0
E-Mail: vg@ostheim.de

2. Unseren Datenschutzbeauftragten können Sie unter folgenden Kontaktdaten erreichen:

Landratsamt Rhön-Grabfeld
Datenschutzbeauftragter
Spörleinstraße 11
97616 Bad Neustadt a.d.Saale
Telefon: 09771 / 94-342
E-Mail: datenschutz@rhoen-grabfeld.de

3. Zwecke und Rechtsgrundlagen der Datenerhebung

Die im Rahmen der Bewerbung auf eine ausgeschriebene Stelle übermittelten personenbezogenen Daten werden ausschließlich zum Zweck der Bearbeitung der Bewerbung im Stellenbesetzungsverfahren verarbeitet. Auch Initiativ-Bewerbungen werden einzig zu dem Zweck verarbeitet, offene Stellen mit den in der Bewerbung genannten Qualifikationen übereinzubringen. Hierzu zählen auch alle Bewerbungen für eine Ausbildungs- und Praktikantenstelle. (Art. 6 Abs. 1 Buchstabe a, c und e DSGVO bei Begründung eines Beamtenverhältnisses bzw. Art. 6 Abs. 1 Buchstabe b DSGVO bei der Begründung eines Arbeitsverhältnisses (Art. 9 Abs. 2 Buchstabe b und h DSGVO und Art. 88 Abs. 1 DSGVO, Art. 4 Abs. 1 BayDSG, Art. 8 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 und 3 BayDSG, Art. 103 BayBG).

4. Welche personenbezogenen Daten werden erhoben und an wen werden diese Weitergegeben?

Für die Erfüllung des Zwecks werden vor allem Name, Vorname, Anschrift und Kontaktdaten (Telefonnummer, E-Mailadresse), Geburtsdatum, schulischer Werdegang, beruflicher Werdegang, Familienverhältnisse (Angabe zu Kindern, Eltern, Beziehungsstatus), Angaben zu Behinderungen, Religionsbekenntnis, Staatsangehörigkeit, Bewerbungsfoto und Hobbys zur Person verarbeitet.

Ihre personenbezogenen Daten werden lediglich an die Organisationseinheit innerhalb der Verwaltungsgemeinschaft, an den Bürgermeister/Vorsitzende, an die Geschäftsleitung, an die Personalvertretung und an die Entscheidungsberechtigten (Personalausschuss, Stadtrat, Gemeinderat) weitergegeben, wenn die personenbezogenen Daten zur Erfüllung deren Aufgaben benötigt werden.

Eine Datenübermittlung in ein Drittland erfolgt nicht.

5. Dauer der Speicherung Ihrer personenbezogenen Daten:

Im Falle nicht erfolgreicher Bewerbungen oder bei Rücknahme dieser, werden die im Rahmen der Bewerbung übermittelten Daten nach Ablauf von 12 Monaten nach Mitteilung der Absage vernichtet.

Die Aufbewahrung im Rahmen dieser Frist, ist für den Fall etwaiger Klagen (v. a. etwaige Geltendmachung von Ansprüchen nach dem Allgemeinen Gleichstellungsgesetz) aus Rechtsgründen erforderlich.

Erfolgt eine Einstellung, so werden Bewerber*innen gesondert über die dann geltenden Regelungen zum Umgang mit ihren Personaldaten informiert.

6. Wir möchten Sie über die Ihnen zustehenden Rechte informieren: Nach der EU-Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) stehen Ihnen folgende Rechte zu:

Recht auf Auskunft (Art. 15 DSGVO)

Werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet, so haben Sie das Recht von uns Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten.

Recht auf Berichtigung (Art. 16 DSGVO)

Sie können von uns unverzüglich die Berichtigung Sie betreffender personenbezogener Daten verlangen. Bei unvollständigen Daten haben Sie – unter Berücksichtigung der Zwecke der Verarbeitung – einen Anspruch auf Vervollständigung.

Recht auf Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung (Art. 17 und Art. 18 DSGVO)

Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen der Art. 17 oder 18 DSGVO vor, so können Sie die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten verlangen.

Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DSGVO)

Wenn Sie in die Datenvereinbarung eingewilligt haben oder ein Vertrag zur Datenverarbeitung besteht und die Datenverarbeitung mit Hilfe automatisierter



Verfahren durchgeführt wird, steht Ihnen gegebenenfalls ein Recht auf Datenübertragbarkeit zu. Dies gilt nicht, wenn die Verarbeitung der personenbezogenen Daten für die Wahrnehmung einer Aufgabe erforderlich ist, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, die dem Verantwortlichen übertragen wurde (Art. 6 Abs. 1 Buchstabe e DSGVO).

Recht auf Widerspruch (Art. 21 DSGVO)

Soweit wir Ihre personenbezogenen Daten zur Wahrnehmung unserer öffentlichen Aufgaben nach Art. 6 Abs. 1 Buchstabe e DSGVO verarbeiten, können Sie der künftigen Verarbeitung Ihrer Daten aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit widersprechen.

Recht auf Widerruf der Einwilligung (Art. 7 Abs. 3 DSGVO)

Wurde in die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch eine entsprechende Erklärung eingewilligt, können Sie die Einwilligung jederzeit für die Zukunft widerrufen. Die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Datenverarbeitung wird durch diesen nicht berührt.

Sollten Sie von Ihren oben genannten Rechten Gebrauch machen, so richten Sie einen entsprechenden Antrag an die Verwaltungsgemeinschaft Ostheim v.d.Rhön, welche prüft, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind.

Unbeschadet anderer Rechtsbehelfe steht Ihnen nach Art. 77 Abs. 1 DSGVO ein Beschwerderecht beim Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz zu, den Sie wie folgt erreichen können:

Der Bayerische Landesbeauftragte für den Datenschutz (BayLfD)

Wagmüllerstraße 18

80538 München

Postanschrift: Postfach 22 12 19, 80502 München

Telefon: 089 / 21 26 72-0

Telefax: 089 / 21 26 72-50

E-Mail: poststelle@datenschutz-bayern.de

Internet: www.datenschutz-bayern.de